

Die Deindustrialisierung in Deutschland geht weiter

geschrieben von Admin | 14. November 2024

Die Maßnahmen zur Rettung der deutschen Industrie müssen erfolglos bleiben, solange die Energiewende zur Weltklimaretterung die Politik bestimmt.

**Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz**

Die Hiobs-Botschaften häufen sich. Fast alle Betriebe der Auto- und Chemieindustrie und viele andere Branchen melden Umsatzverluste und Gewinneinbrüche. Sie wollen Standorte schließen und zehntausende Mitarbeiter entlassen, weil die Produktion in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Hauptgrund sind zu hohe Energiekosten durch die Energiewende. Hinzu kommt, dass die Energieversorgung immer unsicherer wird. Die teure Zufallsenergie von Wind- und Solaranlagen kann kein Industrieland sicher versorgen. Mit der geplanten Schließung der Braunkohlenkraftwerke wird die Nutzung des letzten heimischen Energieträgers aufgegeben. Sichere Energie muss Deutschland dann vollständig importieren und wird so leicht erpressbar. Die Industrie braucht preiswerten Strom, der verlässlich rund um die Uhr verfügbar ist. Daher verlegen Firmen, die noch genügend Kapital haben, ihre Produktion in Länder mit einer preiswerten und sicheren Energieversorgung.

Energie vervielfacht unsere Leistung

Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand. Der Mensch ist ein schwaches Wesen. Seine Leistung liegt bei 100 Watt. Ein Kilowatt ersetzt die Leistung von 10 Menschen. Diese Leistung steht im Mittel jedem Einwohner in Deutschland rund um die Uhr als Strom zur Verfügung. Das heißt, jeder von uns verfügt mit der Nutzung von Strom über 10 Arbeitssklaven. In den USA sind es über 20. China hat inzwischen europäische Werte erreicht. Hinzu kommt die Leistung aus Treib- und Brennstoffen.

Unseren Wohlstand können wir nur halten und vermehren durch mehr Energie, die Geräte und Maschinen antreibt und Arbeitskräfte ersetzt. Diese Energie muss bezahlbar und jederzeit verfügbar sein. Nur so können wir die sozialen Lasten, die Renten- und Pflegekosten schultern. Auch die Industrie braucht für eine wettbewerbsfähige Produktion mehr preiswerte Energien, die Maschinen mit größerer Leistung und wachsender Automatisierung antreiben.

Hohe Energiekosten und schwankende Verfügbarkeit sind Gift für unseren Wohlstand. Die Energiewende zeigt das immer deutlicher. Seit mehr als 15 Jahren wandert die Industrie aus Deutschland ab. Dies wird deutlich, wenn man sich die Reinvestitionsquote ansieht. Das sind die Investitionen geteilt durch die Abschreibungen in Prozent. Die Quote liegt seit vielen Jahren bei 90 Prozent. Das heißt, 10 Prozent der Anlagen wurden nicht erneuert. Dafür wurde im Ausland investiert. Mit der Ampelpolitik ist die Quote auf fast Null abgesackt. Die Industrie wagt in Deutschland keine Investitionen mehr.

Subventionen retten die Industrie nicht

Mit Subventionen will Wirtschaftsminister Habeck wieder Investitionen ankurbeln. Die Chip-Fabriken in Dresden und Magdeburg sind ein Beispiel. Für den Bau der Fabriken wurden viele Milliarden Euro an Subventionen bereitgestellt. Doch trotz der hohen staatlichen Zuschüsse konnten die investitionswilligen Firmen wohl keine ausreichende Rendite mit den hohen und unsicheren Energiekosten in Deutschland errechnen. Sie haben ihre Ansiedlungspläne zurückgezogen.

Investitionen in Produktionsbetriebe sollten grundsätzlich mit privatem Kapital finanziert werden. Damit übernehmen die Kapitalgeber auch das Risiko von Verlusten. Minister, die mit Subventionen die Industrie stützen und erhalten wollen, gehen dagegen kein Risiko bei falschen Entscheidungen ein. Sie werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Klimaprojekte ohne Erfolgskontrolle

Bei vielen mit Steuern finanzierten Projekten zur Energiewende und zur Weltklimaretterung ist dies der Fall. Geld fließt auf Antrag der Projektträger. Eine Kontrolle über die Verwendung und den Erfolg des Projektes findet in vielen Fällen nicht statt. Das hat der Bundesrechnungshof mehrfach festgestellt und bemängelt. Es wird Steuergeld verschleudert. Die zuständigen Minister werden jedoch nicht belangt.

Energievernichtung zur Klimaretterung geht weiter

Der bisherige Finanzminister Lindner hat in einem Positionspapier die Lage in Deutschland recht schonungslos dargestellt. Danach sind viele Gesetze überflüssig. Sie binden Fachkräfte in den Firmen für fragwürdige Dokumentationen, vergrößern die staatlichen Verwaltungen und schränken die freie Entscheidung immer mehr ein. Das gilt nach Lindner auch für

die Energie- und Klimapolitik. Doch er will trotzdem die Energiewende zur Weltklimaretterung, wenn auch mit Abstrichen, beibehalten. Er will vor allem die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas verringern, ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe einzuschränken. Das CO₂ soll aus dem Abgas separiert und unterirdisch langfristig gespeichert werden (CCS: Carbon Capture and Storage). Das Verfahren verbraucht knapp die Hälfte des erzeugten Kraftwerkstroms. Es ist ein Beispiel für Energievernichtung statt für Energienutzung.

Energievernichtung finden wir bei vielen Projekten der Energiewende. Am größten ist sie bei grünem Wasserstoff als Energieträger. Wird Wasserstoff mit Windstrom erzeugt, gespeichert und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder verstromt, gehen 80 % des eingesetzten Windstroms verloren. Die Vergütungskosten von knapp 10 Cent/kWh für den Windstrom steigen auf 50 Cent für den nach der Speicherung wieder erzeugten Strom. Weiter muss Strom vernichtet werden, wenn zu viel erzeugt wird. Sonst wird das Netz überlastet. Die vielen Wind und Solaranlagen erzeugen bei Sonnenschein und Starkwind bereits jetzt Überschussstrom, der zunächst nach dem EEG teuer vergütet und dann kostenpflichtig entsorgt wird. (negative Börsenpreise). Bis Ende Oktober dieses Jahres war dies an 498 Stunden der Fall. Mit jeder weiteren Wind- und Solaranlage muss mehr Strom vernichtet werden. Das Speichern von Strom hat hohe Verluste. Ausreichende Stromspeicher sind nicht bekannt.

Keine Kehrtwende der Energiepolitik

Herr Lindner und die CDU mit Herrn Merz an der Spitze wollen weiter mit der Energiewende das Klima retten. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik ist daher nicht in Sicht, wenn Herr Merz die Regierung übernimmt. Die einzige Partei im Bundestag, die die Energiewende beenden will, ist die AfD. Auch die Neugründungen WerteUnion und BSW tendieren in Richtung der etablierten Parteien in dem Thema Energieversorgung. In der derzeitigen politischen Landschaft wird es daher eine Fortführung der Energiewende geben, die die Deindustrialisierung weiter treibt und Wohlstand vernichtet.

Wir brauchen wieder eine realistische Energiepolitik, die auf preiswerten und jederzeit verfügbaren Energieträgern beruht. Das können nur heimische Energieträger sein. Braunkohle ist noch für viele Jahrzehnte vorhanden. Sie muss weiter zur Stromerzeugung genutzt werden. Statt Braunkohlekraftwerke zu schließen, müssen sie ausgebaut werden. Weiter müssen wir durch Fracking die Öl- und Gasvorkommen im Schiefergestein in Deutschland erschließen. Dann brauchen wir nur noch Steinkohle zu importieren, die reichlich auf der ganzen Welt vorhanden ist. Nur so können wir wieder zu einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung kommen, die Deindustrialisierung stoppt und Deutschland wieder wettbewerbsfähig macht.

Der 100-Prozent-Klimazirkus gerät unter Druck

geschrieben von Admin | 14. November 2024

Heute beginnt die Weltklimakonferenz in Aserbaidschan. Donald Trump wird wohl erneut aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen. Dabei sollen sich doch mindestens 97 Prozent der Wissenschaftler in Sachen Klimakatastrophe einig sein? Aber stimmt das überhaupt?

Von Gisela Müller-Plath.

„Ja, und die Erde ist eine Scheibe“, bekomme ich zu hören, wenn ich im Familien- oder Kollegenkreis zu sagen wage, es gebe vermutlich auch andere Ursachen für die Temperaturanstiege in den letzten Jahrzehnten als die menschlichen CO₂-Emissionen. Ein ebenfalls skeptischer Freund forderte kürzlich vom NDR unter Berufung auf das Rundfunkgesetz eine ausgewogene Darstellung in einer Sendung über Klimawandel und bekam zur Antwort:

„Der menschengemachte Klimawandel ist eine wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis und nicht nur eine These. Es handelt sich hier also nicht um eine strittige wissenschaftliche Frage. Die überwältigende Mehrheit der Klimaforscher, etwa 97-98 %, ist sich einig, dass die Emission von Treibhausgasen die Hauptursache für die aktuelle globale Erwärmung ist.“

Tatsächlich liest und hört man das so häufig in Presse, Hörfunk, Fernsehen und Internet, dass es fast niemandem mehr in den Sinn kommt, an dieser Aussage zu zweifeln. Es versteht sich von selbst, dass eine rein quantitative Übereinstimmung noch nichts über die qualitative Richtigkeit einer These aussagt. Wahrheit kann nicht durch demokratische Abstimmung ermittelt werden.

In der Wissenschaftsgeschichte gibt es mehrere berühmte Beispiele, bei denen eine Theorie zunächst breit abgelehnt wurde, sich später aber als richtig herausstellte (z.B. Galileo Galileis Planetenbahnen, Alfred Wegeners Kontinentalverschiebung u.a.). Aber in unserem Zeitalter der Pseudo-Erleuchtung ist der 97prozentige-Konsens von Forschern eine mächtige rhetorische Waffe, um politische Gegner zu marginalisieren.

Im folgenden werde ich die der Zahl von 97 Prozent zugrunde liegenden Studien von John Cook (2013) und James Powell (2016, 2019) besprechen. Sie weisen so eklatante methodische Fehler auf, dass die genannten hohen Prozentzahlen nicht einmal annähernd stimmen können. Dass methodisch so unzulängliche Studien es in begutachtetes Fachjournale schaffen (und von dort direkt in Presse und Politik), zeigt, wie niedrig die Hürden inzwischen sind, so lange „die Botschaft stimmt“.

2009 berichtete die Tagesschau kritisch (ja, damals durften die das noch) über den sogenannten menschengemachten Klimawandel und redete über möglicherweise „gefälschte Daten“.
Hochinteressant! pic.twitter.com/Ji0950skpb

– [XXXXXXXXXX](#) – Bernd F. – F wie Freiheit! [@zukunft37](#)
November 10, 2024

Die Studien

Die vielzitierte Zahl von 97 Prozent Konsens unter Klimawissenschaftlern in Bezug auf die Hypothese des menschengemachten Klimawandels (AGW-Hypothese, „Anthropogenic Global Warming“) beruht auf einer 2013 erschienenen Studie von John Cook und Kollegen mit dem Titel „Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature“, auf Deutsch: „Bezifferung des Konsenses über die vom Menschen verursachte globale Erwärmung in der wissenschaftlichen Literatur“.

Wie kam die Zahl von 97 Prozent zustande? Cook und sein Team hatten die Datenbank „ISI Web of Science“ durchsucht nach Forschungsartikeln, die zwischen 1991 und 2011 erschienen waren und die Suchworte *global warming* (globale Erwärmung) oder *global climate change* (globaler Klimawandel) in ihrer vorangestellten Zusammenfassung (Abstract) enthielten. Die Suche ergab 11.944 Forschungsartikel.

Hilfskräfte machten sich dann an die Arbeit, alle diese Zusammenfassungen in anonymisierter Form zu lesen und danach einzuteilen, ob die Autoren überhaupt eine Position in Bezug auf die AGW-Hypothese äußerten, und wenn ja, ob sie der AGW-Hypothese zustimmten oder sie ablehnten. Jede Zusammenfassung wurde unabhängig von zwei Hilfskräften beurteilt; bei unterschiedlichem Urteil entschied eine dritte. Ergebnis: In 7.930 Zusammenfassungen (66,4 Prozent) äußerten die Autoren überhaupt keine Position zur AGW-Hypothese, in 4014 Zusammenfassungen äußerten sie eine. Unter diesen 4014 waren 3896 Zusammenfassungen, in denen die Autoren eine zustimmende Position

einnahmen, in 78 Fällen lehnten sie die AGW-Hypothese explizit ab, und in 40 Fällen äußerten sie Unentschlossenheit. Nun berechneten Cook und sein Team den Anteil der Wissenschaftler, der der AGW-Hypothese zustimmen, so: $3896 \text{ Zustimmungen} / 4014 \text{ geäußerte Positionen} = 0,971 = 97,1 \%$ Konsens unter Klimawissenschaftlern pro AGW-Hypothese.

In den darauffolgenden Jahren (2016 und 2019) erschienen zwei Studien von James Powell, in denen dieser den wissenschaftlichen Konsens zuerst mit „über 99,99 Prozent“ und dann mit 100 Prozent bezifferte. Zunächst kritisierte er (zu Recht), dass Cook den überwiegenden(!) Anteil von Studien, die gar keine Position zur AGW-Hypothese bezogen hatte, einfach aus der Berechnung des Konsens ausgeschlossen hatte. Dann machte Powell es sich einfacher (allerdings beileibe nicht besser, siehe unten): Er suchte zunächst über 24.000 Artikel von insgesamt über 60.000 Autoren, die 2013 bis 2014 erschienen waren, und dann über 11.000 Artikel, die 2019 erschienen waren, im „ISI Web of Science“ mit ähnlichen Suchwörtern wie Cook und sein Team. Dann suchte er unter den gefundenen Artikeln diejenigen, die in der Zusammenfassung die AGW-Hypothese aufführten zusammen mit dem Schlüsselwort „reject“ (= zurückweisen, verwerfen). In seiner ersten Studie fand er 5 solche Artikel, in seiner zweiten keine einzige. Da $5/24.000 = 0,0002 = 0,02 \%$ Prozent sind, kam er zu der Bezifferung von „über 99,99 Prozent“ (2016) und dann 100 Prozent (2019). Er betitelte seine zweite Studie mit „Scientists Reach 100 % Consensus on Anthropogenic Global Warming“.

Aus drei Gründen lassen die Arbeiten den behaupteten Schluss von 97 bis 100 Prozent Einigkeit in der Klimaforschung jedoch nicht zu:

Kritik 1. Falsche Grundgesamtheit

Cook et al. (2013) hatten 11.944 Forschungsartikel geprüft und in 3.896 davon eine zustimmende Haltung zur AGW-Hypothese gefunden. Es ist unredlich, die 66,4 Prozent auszuschließen, die keine explizite Positionierung einnehmen, da man nicht weiß, wie diese darüber denken. Seine 97,1 Prozent sind also eine „Märchenzahl“. Teilt man 3.896 durch 11.944, kommt man nur auf 32,6 % Zustimmung.

Powell (2016) kritisiert dies zu Recht. Aber er macht es nicht besser, im Gegenteil: Da beide nur nach den Stichworten *Global Warming* und *(Global) Climate Change* gesucht haben, finden sowohl Cook als auch Powell (a) hauptsächlich Arbeiten, die gar nicht nach den Ursachen der Erderwärmung fragen, und (b) übersehen dabei viele, die danach fragen.

Zu (a) Die Suchworte *Global Warming* und *Climate Change* liefern, das zeigt z.B. die online gestellte Datenbank von Powell (2019), vor allem Arbeiten, die diese Begriffe als Anlass oder Marketing, nicht aber als eigentlichen Gegenstand der Forschung haben. Das heißt, sie untersuchen gar nicht die Ursachen der Erderwärmung, sondern ganz andere Fragen. Bereits die ersten beiden Artikel der Datenbank sind z.B.

ingenieurwissenschaftliche Arbeiten in den Zeitschriften „Advanced Materials“ bzw. „Applied Materials“. (Beispielzitat: „*CO2 photoconversion into hydrocarbon solar fuels by engineered semiconductors is considered as a feasible plan to address global energy requirements in times of global warming*“, auf Deutsch: „*Die Photokonvertierung von CO2 in Kohlenwasserstoff-Solarkraftstoffe durch technische Halbleiter wird als praktikabler Plan angesehen, um den globalen Energiebedarf in Zeiten der globalen Erwärmung zu decken.*“). Wenn in einem solchen Artikel nicht das Wort „reject“ vorkommt, heißt das noch lange nicht, dass die Autoren der AGW-Hypothese zustimmen.

Zu (b) Eine in der Fachliteratur alternativ diskutierte Hypothese zu Ursachen von Klimawandel beziehungsweise Erderwärmung betrifft den Einfluss natürlicher solarer und ozeanischer Zyklen auf den Klimawandel mit Verstärkungsmechanismen, welche gegenwärtig weiter erforscht werden (z.B. Svensmark et al. 2017). Geben Sie zum Beispiel einmal „solar forcing“ auf Google Scholar ein, dann sehen Sie, wie lebhaft und kontrovers die Fachdiskussion nach wie vor ist!

Kritik 2. Falsches Kriterium

Ich verfolge die fachwissenschaftliche Diskussion zu den Ursachen des Klimawandels seit Langem. Nach meiner Wahrnehmung besteht der aktuelle Dissens nicht so sehr darin, ob der Mensch *irgendeinen* Anteil an einer globalen Erwärmung habe, sondern vielmehr, *wie groß* dieser sei – und ob eine menschengemachte Erderwärmung (AGW) *nur* den CO2-Eintrag oder auch den urbanen Wärmeinseleffekt (UHI) umfasst. Heute wie früher schätzen zahlreiche Fachwissenschaftler den Anteil des Menschen an der Erderwärmung auf deutlich unter 50 Prozent. Das sind die so genannten Skeptiker.

Man wird ihre Arbeiten mit Cooks oder Powells Methoden aber nicht auffinden, da sie nicht plump „reject“ schreiben oder dies in der Zusammenfassung erkennen lassen. In den Erhebungszeitraum von Powell fällt beispielsweise die Arbeit von Laurenz, Lüdecke & Lüning (2019), die die Alternativhypothese von Ozean- und solaren Zyklen unterstützt, mit den groben Suchkriterien aber übersehen wird. (Allein durch dieses Beispiel sind Powells 100 Prozent schon falsifiziert). Es gibt sehr viel mehr Arbeiten dieser Art. Angesichts der politischen Lage (siehe Punkt 3) vermeiden es Autoren aber zunehmend, die Autorin eingeschlossen, explizit zu sagen, dass sie die strenge AGW-Hypothese des menschlichen CO2 als alleinige Ursache ablehnen, obwohl der Inhalt des Artikels dies zeigt: Zum Beispiel beziffern Lüdecke et al. (2021) und Müller-Plath et al. (2022, Ehemann der Autorin, Anm.) den Anteil natürlicher Klimazyklen an Niederschlagsschwankungen regional auf über 50 Prozent.

Kritik 3. Statistische Verzerrung durch

einseitige Förderung und Publikationspolitik

Der Teil der Klimaforschung, der menschliche CO₂-Emissionen als alleinigen Klimatreiber ansieht, wird weltweit finanziell stark gefördert, skeptische Forscher nicht. Das IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) wurde überhaupt nur gegründet, um die Hypothese vom menschengemachten Ursprung des jüngsten Klimawandels wissenschaftlich zu belegen. Die in den IPCC-Berichten berücksichtigten Forschergruppen werden zwar nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt, bedeutende skeptische Forscher bleiben aber unberücksichtigt. Dies verletzt wissenschaftliche Ergebnisoffenheit und unterscheidet IPCC-Forschung, die ergebnisorientiert arbeitet, von wirklich neutraler Forschung.

Aufgrund von Berichten skeptischer Klimawissenschaftler über gezielte Mittelkürzungen und Stellenstreichungen bis hin zum Verlust der eigenen Stelle ist anzunehmen, dass es auch im wissenschaftlichen Begutachtungssystem zu erheblichen Verzerrungen kommt: Skeptische Ansätze haben es heutzutage ungleich schwerer, in die Fachjournale zu gelangen. Das führt zu einer systematischen Unterrepräsentation in Datenbanken. Die Bezifferung einer Zustimmung der Klimaforscher zur AGW-Hypothese mit über 97 Prozent oder höher ist folglich mit Sicherheit falsch!

Wie viele und wie gut qualifizierte Skeptiker gibt es in der Klimaforschung?

In den Jahren 2013/14, in denen Powell (2016) den Konsens auf angeblich über 99,99 Prozent bezifferte (s.o.), wurden über 1350 Publikationen in internationalen begutachteten Fachjournalen gefunden, die der strengen AGW-Hypothese („der Klimawandel ist zu fast 100 Prozent menschengemacht“) beziehungsweise dem IPCC widersprechen. Sie wurden explizit in „Popular Technology.net“, aufgeführt. Die reale Zahl bis heute dürfte noch weit höher liegen; einige aktuelle Arbeiten sind oben bereits genannt. Allein deswegen sind die regelmäßigen medialen Äußerungen über einen Konsens und angeblich fehlende Gegenstimmen falsch. Im wissenschaftlichen Ansehen übertreffen die „Skeptiker“ die „Alarmisten“ bei weitem: Zu den Skeptikern gehören die Physik-Nobelpreisträger Ivar Giaever (1973), Robert Laughlin (1998) und John Francis Clauser (2022).

Hingegen gibt es keinen Befürworter der AGW-Hypothese, der einen Physik-Nobelpreis hätte. Ferner sind die weltberühmten Physiker Freeman Dyson, Edward Teller, Frederick Seitz, Robert Jastrow, William Nierenberg „Klimaskeptiker“ – ähnliche wissenschaftliche Reputationen sind von den an den IPCC-Berichten mitarbeitenden Forschern nicht bekannt. Eine ausführliche Zusammenstellung dazu findet sich ebenfalls in „Popular Technology.net“. Weiterhin können Hunderte promovierte Naturwissenschaftler und fachnahe Professoren benannt werden, die sich in Petitionen und Manifesten gegen die strenge AGW-Hypothese und das IPCC artikulierten. Hier die (unvollständige) Aufzählung:

- Heidelberger Manifest, 1992, (4000 Naturwissenschaftler, 72 Nobelpreisträger, überwiegend keine Klimaforscher) als Antwort auf den Klimagipfel von Rio de Janeiro.
- Leipziger Erklärung, 1995, überarbeitet 2005. 80 Forscher der Naturwissenschaft und 25 Meteorologen bekunden „Auf der Basis aller vorhandenen Messungen können wir eine politisch inspirierte Weltsicht nicht akzeptieren, die Klimakatastrophen vorhersagt und überstürzte Aktionen verlangt... In einer Welt, in der die Armut die größte soziale Verschmutzung darstellt, sollte jegliche Einschränkung an Energie, die das ökonomische Wachstum verhindert (in diesen Ländern), mit äußerstem Bedacht vorgenommen werden.“
- Oregon Petition Project, 2008, 31.000 Unterzeichner, davon 9000 promoviert, meist Ingenieure, aber auch zahlreiche Klimaforscher. Das Projekt wendet sich gegen die Behauptungen „Die Wissenschaft sei sich einig über die menschengemachte globale Erwärmung“.
- Anonyme Umfrage von D. Bray und H. von Storch, 2007, unter ca. 1250 Klimawissenschaftlern. Die Frage „Ist der gegenwärtige Stand der Wissenschaft weit genug entwickelt, um eine vernünftige Einschätzung des Treibhausgas-effektes zu erlauben?“ beantworteten nur 69% mit Zustimmung. Die Frage „Können Klimamodelle die Klimabedingungen der Zukunft voraussagen?“ beantworteten 64% ablehnend!
- Umfrage von H. M. Kepplinger und S. Post, Forschungsmagazin der Universität Mainz, 2008. Die Mehrheit der Wissenschaftler war der Ansicht, dass die Voraussetzungen für eine Berechenbarkeit des Klimas gegenwärtig noch nicht gegeben sei.
- U.S. Senate Minority Report, 2008, 700 Naturwissenschaftler. Die Unterzeichner wehren sich gegen den vorgeblichen Konsens, dass der Mensch für die Erwärmung hauptsächlich verantwortlich gemacht werden kann. Der Report stellt fest, dass die 700 Wissenschaftler die Zahl der an der „Zusammenfassung für Politiker“ des IPCC beteiligten 52 Wissenschaftler um das mehr als 13-fache übersteigt. Sie führten insbesondere Messungen an, welche die alarmistischen, von Modellen unterstützten Prophezeiungen widerlegen.
- Offener Brief an UN Generalsekretär Ban Ki-Moon, 2012, 125 Naturwissenschaftler widersprechen den von Ki-Moon unterstützten Behauptungen des Klima-Alarms über zunehmende Hurrikane, Dürren, Starkstürme, Überschwemmungen.
- Petition von R. Lindzen an Präsident Donald Trump, 2017, 300 Unterzeichner von Klimaforschern über Biologen, Statistiker, Ökonomen bis hin zu einem ehemaligen Direktor der NASA. In der Petition heißt es „Observations since the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) was written 25 years ago show that warming from increased atmospheric CO2 will be benign ...“

- Petition von 90 italienischen Fachwissenschaftlern gegen Klimaalarm, 2019.

- Offener Brief von Prof. Guus Berkhout (CLINTEL) an den UN-Generalsekretär António Guterres mit Bezug zur zurzeit jüngsten Petition von 1500 Unterzeichnern, davon 500 Klimawissenschaftlern, verfasst 2019.

Alle hier aufgeführten Petitionen und Umfragen wurden von den deutschen Mainstream-Medien, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht zur Kenntnis genommen und im Internet, insbesondere Wikipedia, als unbedeutend oder verlogen diskreditiert.

Prof. Dr. Gisela Müller-Plath, geb. 1963, ist Diplom-Psychologin. Seit 2010 ist sie Universitätsprofessorin für Methodenlehre und Maritime Psychologie am Institut für Psychologie und Arbeitswissenschaft der TU Berlin. Ihre universitäre Lehre konzentriert sich überwiegend auf Statistik. Aktuell forscht und publiziert sie in Klimawissenschaft, Statistik und Mensch-Technik-Interaktion in der Schifffahrt. Frau Müller-Plath ist Mitglied der WerteUnion.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

CDU-Energiewendehälse – 12 Seiten Heuchelei, Ideologie und Maskierung

geschrieben von Admin | 14. November 2024

Nahezu zeitgleich sind zwei Schriften zur Energiepolitik erschienen. Eine der *Achse des Guten* und eine der CDU-CSU-Fraktion. Dazwischen liegt der Graben zwischen Realismus und Heuchelei, Haferburg & Humpich und Jens Spahn.

Von Manfred Haferburg

Nahezu zeitgleich sind in Deutschland zwei Schriften zur Energiepolitik erschienen. Die *Achse des Guten* brachte am 3. November 2024 das neue Buch der *Achse Edition* „Atomenergie – jetzt aber richtig – Wie die ‚dümmste Energiepolitik der Welt‘ abgewendet werden kann“ heraus.

Die CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen Diskussionsentwurf für den Energie-Kongress am 5. November 2024 herausgebracht unter dem hochtrabenden Titel: „Neue Energie-Agenda für Deutschland Bezahlbar,

sauber, sicher – Energiepolitik für den Weg zum klimaneutralen Industrieland“.

Nun sind sie halt da, die beiden Werke. Beide befassen sich mit der vergurkten deutschen Energiewende. Jedes Kind in Deutschland weiß inzwischen, dass die Energiewende die Bürger um über eine halbe Billion Euro erleichtert hat, ohne dass das Ziel der Einsparung von Kohlendioxid erreicht worden wäre, dass stattdessen der Strompreis die Weltspitze erreicht hat und die Sicherheit der Stromversorgung nicht mehr in jedem Fall gewährleistet ist.

Achse-Autoren beschreiben dies seit vielen Jahren. Was bisher stets von der CDU/CSU bestritten wurde – nämlich das komplette Scheitern der Energiewende – wird von Tag zu Tag offensichtlicher. Mit der neuen Energie-Agenda erkennt die CDU/CSU erstmalig an, dass es so mit der deutschen Energiepolitik nicht weitergehen kann, ohne dass ein Desaster eintritt.

Die komplette Energiewende-Amnesie der CDU/CSU

Der „CDU-Energieexperte“ und Fraktionsvize heißt Jens Spahn (44). Dieser Abgeordnete muss nachgerade ein Universalgenie sein. Ist er nicht von Beruf Bankkaufmann? War er nicht kürzlich noch Gesundheitsminister? Und nun der CDU-Energieexperte?

Dieser Experte sagte zu BILD: „Die Ampel macht in Deutschland die teuerste und ineffizienteste Energiepolitik der Welt“. Da sehe ich eine gute Übereinstimmung. Das Achse-Buch wird nur etwas deutlicher und spricht von der „dümmsten Energiepolitik der Welt“, dabei das Wall-Street-Journal zitierend.

Rotzfrech behauptet die CDU/CSU in ihrem Papier: „Als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag haben wir in den letzten drei Jahren umfassende Positionierungen erarbeitet, um die Energieversorgung zu sichern, die Energieeffizienz zu steigern, Preisexplosionen zu bekämpfen und klimafreundliche Energien auszubauen. Wir haben fast 40 Anträge und Gesetzentwürfe in die parlamentarischen Beratungen eingebracht und mehrere Grundsatzpapiere vorgelegt. Wir haben zur Sicherung der Versorgung in der Energiekrise die Mobilisierung aller Potenziale gefordert, auch den befristeten Weiterbetrieb der Kernkraft ...“

So, so, liebe CDU, habt Ihr den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke gefordert? Habt Ihr nicht irgendwie vergessen, dass Ihr im November 2022, ein Vierteljahr vor der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke, im Bundestag geschlossen gegen einen Weiterbetrieb dieser Anlagen gestimmt habt? Es waren dies die besten Kernkraftwerke der Welt und hätten noch gut und sicher dreißig Jahre Grundlast für zwei bis drei Cent pro Kilowattstunde liefern können.

Welche Verantwortung trägt die CDU/CSU für die entstandene Situation?

Während im „Atomenergie jetzt aber richtig“-Buch die Väter und Mütter, Onkel und Tanten der Energiewendemisere ganz konkret mit ihren Beiträgen zu dieser Sabotage der deutschen Wirtschaft benannt werden, drückt sich die CDU/CSU konsequent vor irgendeinem Schuldeingeständnis. Es könnte sich ja womöglich jemand daran erinnern, dass es die CDU/CSU war, die 2011 den Kernenergie-Ausstieg einleitete und dass es 2018 die CDU/CSU war, die den Kohleausstieg beschloss.

Die CDU/CSU-Amnesie geht so weit, dass Spahn und Co. vergessen haben, dass es Peter Altmaier, Wunderwaffe von Angela Merkel und CDU-Bundesminister für Wirtschaft und Energie, war, der am 3. Juli 2020 in einer Rede im Deutschen Bundestag ausrief: „Wir sind das einzige Industrieland dieser Größe, das gleichzeitig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dann aus der Nutzung der Kohleverstromung aussteigt. Das sind die historischen Aufgaben und die Leistung, die wir zu vollbringen haben“. Andere Industrieländer schüttelten den Kopf und bezeichneten diese Politik als „Deutschland irre geworden, oder nur schlicht dumm?“ (Forbes)

„Schneller, bunter, breiter“

Der Klimawahn bleibt Deutschland auch unter CDU/CSU-Führung erhalten. Das CDU/CSU-Papier erkennt richtigerweise: „Die Stromkosten müssen spürbar runter“. Aber dann verfallen sie in den alten Trott zurück, dass man das Klima retten muss, indem man erst die Luft immer höher besteuert, um hernach die so Geschöpften „schnell und effizient mit einem Klimabonus zu entlasten“.

Einige kurze Zitate aus dem CDU/CSU-Papier belegen, dass es unter der Führung der CDU/CSU genauso weiter gehen wird, wie bisher:

- „Diese Neue Energie-Agenda für Deutschland markiert das größte zusammenhängende Infrastruktur-Investitionsprojekt in der Geschichte unseres Landes. Damit werden wir Deutschland als Industrieland wieder stärken und bis 2045 klimaneutral machen“.
- „Die CO₂-Bepreisung und der Zertifikatehandel (ETS) ist das ökonomisch und ökologisch effizienteste Instrument.“
- „Den Emissionshandel wollen wir international voranbringen und in der EU durch schritt weise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken. Wir wollen mehr Länder außerhalb der EU für eine CO₂-Bepreisung gewinnen.“
- „Beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft steht unsere Positionierung unter dem Motto „schneller, bunter, breiter“. Wir werden dafür sorgen, dass die Wasserstoffinfrastruktur zügig alle Wirtschaftsregionen erreicht.“

Die CDU will jetzt die „Kostenwende“

Jeden vernünftigen Menschen in Deutschland schaudert es inzwischen, wenn ein Politiker das Wort *Wende* in den Mund nimmt. Doch die CDU/CSU sagt: „Ohne eine Kostenwende hin zu mehr Effizienz scheitert die Energiewende“.

Von der historischen Aufgabe des Kernenergie- und Kohleausstiegs ist im neuen CDU/CSU-Papier nicht mehr die Rede. Dafür sollen jetzt die Kernkraftwerke wieder angefahren werden, wenn das nach der schnellstmöglichen Zerstörung durch die Energiewendehälse noch möglich sein sollte. Teilweise wurden Anlagenteile sogar publikumswirksam gesprengt. Die Zerstörung der Kohlekraftwerke wurde von der Regierung Merkel 2020 sogar in einem Gesetz geregelt, das den schönen deutschen Namen „Kohleverstromungsbeendigungsgesetz“ trägt.

Jetzt plötzlich ist die CDU/CSU für Technologieoffenheit und will bis 2038 keine Kohlekraftwerke mehr abschalten, plädiert gar für etwas, das sie „Erst Einstieg, dann Ausstieg“ nennt, man traut seinen Augen und Ohren nicht.

Die CDU/CSU will jetzt die „Forschung und Entwicklung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation sowie von SMR“ vorantreiben. Und sie wollen den ersten Fusionsreaktor der Welt bauen: „Der erste an das Netz angeschlossene Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland stehen. Deswegen sprechen wir uns für die Beauftragung von zwei Fusionsreaktoren mit konkurrierender Technik durch den Bund aus“. Oha, gleich zwei „Fusionsreaktoren mit konkurrierender Technik“? Meinen die etwa einen „Tokamak“ und einen „Stellarator“?

Ich würde mir zu gerne einmal vom „Energieexperten“ der CDU einen Reaktor der Generation 5 oder die beiden konkurrierenden Techniken der vom Bund zu bestellenden zwei Kernfusionsreaktoren erläutern lassen. Dann könnten wir womöglich das Erlernte in die nächste Auflage des Achse-Buches aufnehmen.

Atomenergie jetzt aber richtig – künftig mit der CDU/CSU?

CDU-Energieexperte und Fraktionsvize Jens Spahn (44) sagte zu BILD: „Keine Energiewende mehr ohne entschiedene Kostenwende, die Ampel macht in Deutschland die teuerste und ineffizienteste Energiepolitik der Welt. Das muss aufhören“.

Seine Ansage: Die kommende Bundestagswahl werde auch eine Abstimmung über die Kernkraft, die „wir wieder auf die Tagesordnung“ setzen“. Das Buch „Atomenergie jetzt aber richtig“ wurde geschrieben, um die Komplexität der Energiewende unter Einbeziehung der Kernkraft auch für Menschen ohne tiefere technische Kenntnisse verständlich zu machen.

Liebe 193 CDU-Fraktionsmitglieder des Bundestages, vielleicht legen Sie sich unser Buch „Atomenergie jetzt aber richtig“ ja neben ihrer „Neuen Energie-Agenda“ unters Kopfkissen. Dann brauchen Sie womöglich nicht mehr in der Tagespresse lesen, welche Schlüsselindustrien Deutschland gerade fluchtartig verlassen oder pleite gehen beziehungsweise „aufhören, zu produzieren“.

Atomenergie – jetzt aber richtig

Mit einem Nachwort des Wissenschaftsphilosophen Michael Esfeld. Sie können es hier in unserem Shop bestellen

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Präsident Trump sagt wie es ist:

geschrieben von Admin | 14. November 2024

Donald Trump:

Der menschengemachte Klimawandel ist ein großer Schwindel, um die Bürger abzuzocken und die Klimahysterie zerstört unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und somit unsere Lebensgrundlagen.
pic.twitter.com/nPCLQBmcsH

– Georg Pazderski (@Georg_Pazderski) November 7, 2024

So ist es ☐ <https://t.co/BXeiLTK0SG>

– Norbert Bolz (@NorbertBolz) November 7, 2024

Und MdB Karsten Hilse sagt dazu was Sache ist. (Anlass Gesetzentwurf der CDU/CSU **„Klima, Wirtschaft und Soziales zusammen denken – Eine ganzheitliche Klimapolitik für Deutschland“**)

Siehe dazu auch den Folgebeitrag „CDU-Energiewendehälse – 12 Seiten Heuchelei, Ideologie und Maskierung“ von Manfred Haferburg

Warum ist die Ex-DDR so trocken?

geschrieben von Admin | 14. November 2024

Von Uta Böttcher.

Es gibt vier Gründe, warum der Boden der ehemaligen DDR so trocken ist. Drei von vier sind menschengemacht. Einer ist klimabedingt, aber nicht menschengemacht. Drei sind menschengemacht, aber nicht klimabedingt. Und der CO₂-Gehalt der Luft ist es nicht.

Deutschland erlebte von Juli 2023 bis Juni 2024 die nassesten zwölf Monate seit Messbeginn im Jahre 1881. Dennoch weisen die Böden in den neuen Bundesländern ein Niederschlagsdefizit auf. Dieses trockene Gebiet zeichnet beinahe exakt die Grenze zur ehemaligen DDR nach. Warum ist das so? Dafür gibt es vier Gründe. Einer ist klimabedingt, aber nicht menschengemacht. Drei sind menschengemacht, aber nicht klimabedingt. Und der CO₂-Gehalt der Luft ist es nicht.

Deutschland bekam im vergangenen Jahr mehr Regen ab als üblich. Vergleicht man den langjährigen Mittelwert von 1991 bis 2020, war die Niederschlagsmenge im Westen Deutschlands um bis zu 800 Liter pro Quadratmeter höher als erwartet, und das Niederschlagsdefizit der trockenen Jahre 2018 und 2019 wurde verringert. In den neuen Bundesländern sieht das völlig anders aus: Je weiter man nach Osten schaut, umso weniger Regen ist gefallen – in der Uckermark und im Erzgebirge nur so viel, wie der Mittelwert erwarten lässt, also kein Überschuss. Dort gab es auch im Juni 2024 noch Gebiete mit extremer Bodendürre.

Ein Grund dafür ist klimabedingt und wird verursacht durch den Übergang von westeuropäischem Maritimklima zu osteuropäischem Kontinentalklima. Von Westdeutschland aus wird das Klima Richtung Osten zunehmend kontinental, weil Meeresoberflächen wie der Atlantik eine temperatenausgleichende Wirkung haben, denn sie sind im Winter deutlich wärmer und im Sommer kühler als die Festlandoberflächen. Und weil der Wind in Deutschland vorwiegend von West nach Ost weht (Westwindzirkulation, Luftzirkulation in der Rotationsrichtung der Erde), wird der atlantische Einfluss von West nach Ost immer schwächer. So kommt es also zu diesem allmählichen Übergang von einem maritimen zu einem kontinentalen Klima und einer von West nach Ost abnehmenden Luftfeuchtigkeit.

Drastisch durchgeführte Flurbereinigung

Im Kontinentalklima wird die Landmasse im Sommer schneller aufgeheizt und kühlt im Winter schneller ab, es kommt zu kalten Wintern und warmen

Sommern mit einer insgesamt geringen Jahresniederschlagsmenge. Genau das ist in den neuen Bundesländern der Fall, gut dokumentiert in der Karte des mittleren Niederschlags in den Sommerhalbjahren 1961 bis 1990. Durch diese natürlichen Klimabedingungen in unseren Breiten sind die Böden im Osten, in den neuen Bundesländern, also anfällig für Trockenheit und Dürre.

Vom Menschen verursacht ist die in DDR-Zeiten drastisch durchgeführte Flurbereinigung. Diese ist in den neuen Bundesländern nach wie vor deutlich sichtbar: Es herrschen großflächige baum- und strauchlose Agrarsteppen vor. Auch die Zahl der Kleingewässer wurde durch die Zusammenlegung großer Ackerflächen erheblich reduziert. Dies führt zu einer verstärkten Austrocknung der Böden und begünstigt die Bodenerosion durch Wasser und Wind. Bestrebungen, diese landschaftlichen Eingriffe aus den Zeiten der sozialistischen Planwirtschaft nach und nach wieder rückgängig zu machen, sind freilich nicht sichtbar.

Im Gegenteil – gerade hier werden zunehmend großflächige Windparks ‚gepflanzt‘. Und schon sind wir beim zweiten vom Menschen verursachten Grund für die größere Bodentrockenheit im ehemaligen DDR-Gebiet.

Einigen Wind gemacht hat eine Studie zu den klimatischen Folgen von großflächigen Windkraftwerken in den USA aus dem Jahr 2018. Die Studie lässt zwar keinen Zweifel am insgesamt positiven Einfluss von Solarparks und Windparks auf das Weltklima – dieser darf offensichtlich von vornherein nicht in Zweifel gezogen werden. Aber es zeigte sich doch, dass große Windparks dort, wo sie stehen – also im lokalen Kleinklima – die Temperaturen erhöhen, besonders in den Nachtstunden. Dieser Effekt wurde in 28 Windfarmen in den USA beobachtet. Durch diesen windkraftgemachten Temperaturanstieg könnte es bis zu 100 Jahre lang dauern, bis sich ein großer Windpark positiv auf die menschengemachte Klimaerwärmung auswirken würde.

Mehr Bodentrockenheit

Es gibt also inzwischen wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Einfluss von Windkraftanlagen auf das lokale Klima, die nachweisen: Je mehr dieser Anlagen an einem Ort installiert werden, umso größer wird die durch sie verursachte lokale Erwärmung der Luft. So könnte die Erzeugung des Strombedarfs der USA nur durch Windenergie die Oberflächentemperatur dort um 0,24 Grad Celsius erwärmen.

Und große Windkraftanlagen können auch zu mehr Bodentrockenheit führen. Durch die großen Windparks in Mecklenburg-Vorpommern wird die feuchte Luftströmung, die aus dem Nordatlantik über das Meer nach Deutschland kommt, gebremst. Das könnte die Böden dort noch trockener machen. An der Westküste Englands wurden bis zu elf Prozent weniger Niederschlag gemessen, nachdem große Offshore-Windparks ihre Arbeit aufgenommen hatten. Dennoch: Zu den lokalen Auswirkungen großer Windkraftanlagen auf die Niederschlagsmenge und Bodenbeschaffenheit finden sich kaum

wissenschaftliche Untersuchungen – was die Regierung nicht daran hindert, immer mehr Windräder aufstellen zu lassen. Fachkundige Ansätze in dieser Richtung werden von der populärwissenschaftlichen Presse umgehend ausgebremst.

Manche Wissenschaftler möchten keinesfalls in den Verdacht geraten, dass sie Forschung betreiben, um Argumente zu finden, die gegen Windkraft und somit gegen die planwirtschaftliche Energiewende sprechen. Und so können sie dann gar nicht schnell genug Pressemitteilungen herausbringen, in denen sie ihre eigenen Forschungsergebnisse wieder relativieren. Es werden Unsummen an Forschungsgeldern investiert, um herauszufinden, wie sich das Klima abhängig von der CO₂-Konzentration verändert. Aber wer auch nur vorsichtig anregt, ERST die Auswirkungen von großen Windparks auf das lokale Klima zu untersuchen, BEVOR weitere riesige Anlagen gebaut werden, riskiert seine berufliche Karriere. Dieses derzeit vorherrschende unwissenschaftliche Vorgehen, sobald es um Klimaforschung geht, werde ich zu einem späteren Zeitpunkt in einem ausführlichen Artikel näher betrachten.

„Gorbatschow-Effekt“

Die dritte menschengemachte Ursache für die Trockenheit der Böden in den neuen Bundesländern ist der sogenannte Gorbatschow-Effekt: Nach dem Ende des kalten Krieges im Jahr 1989 stiegen die Temperaturen in Mitteleuropa messbar an.

Die Ursache dafür war, dass ab 1990 wesentlich weniger Industrieabgase aus dem „Schwarzen Dreieck“, der Grenzregion zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei, in den Himmel stiegen. Davor gelangten erhebliche Mengen an kohlenstoffhaltigen Ruß- oder Ascheteilchen sowie Schwefeldioxid und Stickoxide in die Atmosphäre. Aus diesen entstehen durch chemische Prozesse in der Luft Aerosole, feinste, in der Luft schwebende feste oder flüssige Teilchen, die als Kondensationskeime für Wasserdampf dienen. Sie fördern also die Bildung von Wassertröpfchen in den Wolken, die dadurch mehr Sonnenlicht zurück in den Weltraum streuen. Die Aerosole, die aus dunklen Ruß- oder Aschepartikeln bestehen, nehmen hingegen die Sonnenstrahlung in sich auf. Insgesamt kam also durch die Industrieabgase in der Luft weniger der durch Sonneneinstrahlung erzeugten Wärme am Boden an – am Erdboden blieb es durch die Industrieabgase also kühler.

Die Menge dieser Abgase fiel zwischen 1988 und 1998 fast auf die Hälfte. Dadurch ließen die Wolken mehr Strahlung zum Erdboden durch, und deshalb wurde es nach der Wende wärmer. Mithilfe von Langzeit-Messreihen mehrerer amerikanischer Satelliten, einerseits aus den Jahren 1985 bis 1989 und andererseits aus den Jahren 1996 bis 1999, konnte dieser „Gorbatschow-Effekt“ nachgewiesen werden: Durch die drastische Reduzierung der Abgase wird die Erdoberfläche von der Sonne stärker erwärmt.

Genau dieser Effekt könnte sich möglicherweise derzeit weltweit zeigen: Die Luftreinhaltung, wie beispielsweise die Begrenzung des Schwefelgehalts im Diesel der Ozeandampfer, verursacht einen Rückgang der wolkenbildenden Aerosole. Und dadurch könnte, wie oben beschrieben, mehr Sonnenstrahlung auf der Erdoberfläche ankommen, was dann einen globalen Temperaturanstieg verursachen würde.

Uta Böttcher ist Diplom-Geologin, mit dem Fachbereich angewandte Geologie, speziell Hydrogeologie

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier